

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/82

29. April 1977

Mitbestimmen - die Zukunft sichern

Am 1. Mai gemeinsam den Willen zur Selbstbehauptung bekunden

Von Helmut Rohde MdB
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, SPD-Vorstandsmitglied und Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Seite 1 und 2 / 76 Zeilen

Helmut Kohl schweigt in der Energiepolitik

Der CDU-Vorsitzende hat jegliche Durchsetzungskraft verloren

Von Dr. Volker Hauff MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Forschung und Technologie

Seite 3 / 17 Zeilen

Bevölkerungswachstum - ein sozioökonomisches Problem

Geburtenregelung genügt nicht zur Eindämmung der Bevölkerungsexplosion

Von Dr. Uwe Holtz MdB
Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 4 / 27 Zeilen

Das Bewußtsein der Bürger schärfen

Kölner Energie-Fachtagung eine Chance für die SPD

Seite 5 / 33 Zeilen

Chefredaktion: Helmut G. Schmidt

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 100 400
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 80 3030
Telefax: 00 80 048-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Mitbestimmen - die Zukunft sichern

Am 1. Mai gemeinsam den Willen zur Selbstbehauptung bekunden

Von Helmut Rohde MdB

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen,
SPD-Vorstandsmitglied und Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Die Arbeitnehmer begehen in diesem Jahr den 1. Mai in einer Welt, die von tiefgreifenden sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen gekennzeichnet ist. Was 1973 im Gefolge des Ölshocks begann, ist mehr als ein konjunkturelles Intermezzo. Die Voraussetzungen für die Zukunft haben sich verändert. Gingen die großen politischen Kräfte der Industrieländer lange Zeit von einem anscheinend unbegrenzten wirtschaftlichen Wachstum und den mit ihnen verbundenen materiellen Möglichkeiten aus, so sehen sie sich heute begrenzteren Zuwachsraten, drohender Erschöpfung und Verteuerung von Rohstoffen, beunruhigenden Zahlen der Arbeitslosigkeit und in vielen Ländern einer sich dahin schleppenden Inflation gegenüber.

Wir leben in einer Zeit und in einer Welt, in der man sich weder mit leichthändigen Versprechungen und schon gar nicht mit Resignation behaupten kann. Die traditionellen Industrieländer stehen heute großen Herausforderungen gegenüber, nicht zuletzt auch im Blick auf die Entwicklungsländer und auf die neuen Formen internationaler Arbeitsteilung und Zusammenarbeit. In dieser Zeit muß die Politik sich vor zwei Gefahren bewahren: Sie darf sich weder verzetteln noch sich der Illusion hingeben, mit einer einzigen großen Anstrengung seien die Probleme zu lösen.

Nach meiner Meinung kommt es darauf an, sich auf die herausragenden Ziele zu konzentrieren, die für das Ganze und für die Zukunftssicherung von entscheidender Bedeutung sind. Wenn wir sagen, daß dabei von den Interessen der Arbeitnehmer ausgegangen werden muß, dann liegt dem die Einsicht zugrunde, daß von den Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Staatspolitik nachhaltig die politische und soziale Zukunft der demokratischen Industrieländer beeinflußt wird.

Legt man die Arbeitnehmerinteressen als Maßstab zugrunde, stehen dabei drei Ziele im Vordergrund:

- 1/ Eine aktive Beschäftigungspolitik. Die Frage nach der Zukunft der arbeitenden Menschen ist vor allem die Frage nach der Sicherheit des Arbeitsplatzes und der Garantie der Beschäftigungschancen. Dabei brauchen wir nicht eine blutleere "ordnungspolitische Debatte", sondern konkrete beschäftigungspolitische Konzepte. Wer

wie die Konservativen allein auf die Selbsteheilungskräfte des Marktes und auf steigende Unternehmergewinne setzt, wer gleichzeitig für schwache öffentliche Haushalte und für die Schwächung der Gewerkschaften mit der törichtesten Vokabel vom "Gewerkschaftsstaat" eintritt, der hat aus den Erfahrungen der letzten Jahre nichts gelernt.

Ein beschäftigungspolitisches Programm muß sich den Strukturveränderungen in der Nachfrage und der Notwendigkeit öffentlicher Investitionen stellen, wie sie mit dem neuen 16-Milliarden-Investitionsprogramm der Bundesregierung eingeleitet werden. Gleichzeitig muß es sich mit Überlegungen zur Verkürzung der Arbeitszeit, mit Reformen des öffentlichen Dienstes und der Entwicklung berufsaqualifizierender Bildungsangebote befassen. Den Karren einfach laufen zu lassen, ist keine Antwort auf die Strukturveränderungen in den Industrieländern.

- 2/ Die Stabilisierung der Sozialen Sicherung ist von entscheidendem Gewicht. Neben dem Arbeitsverdienst sind die Leistungen der Sozialen Sicherung Grundlage der materiellen und persönlichen Selbstbehauptung der Arbeitnehmer. Die Sicherung der Renten und die Konsolidierung im Bereich der Krankenversicherung sind unverzichtbar für die soziale Zukunft. Wer - wie die CDU/CSU an die Stelle einer konkreten Kostendämpfung im Bereich der Krankenversicherung und einer damit ebenso sozialen wie gerechten Verwendung der von den Arbeitnehmern aufgebrauchten Milliardenbeträge nur taktische Spiele setzen will, politisiert an den Notwendigkeiten vorbei.
- 3/ Die Aufgabe besteht darin, für die junge Generation Zukunft zu sichern. Vor allem im letzten Jahrzehnt haben Bund und Länder Milliarden in den Ausbau des Bildungssystems investiert. Wir besitzen außerdem eine der leistungsfähigsten Volkswirtschaften der Welt. Die Bildungskapazitäten von Staat und Wirtschaft - von der Berufsbildung bis zur Hochschule - in vollem Umfang für die geburtenstarken Jahrgänge zu mobilisieren, gebietet nicht nur die Verantwortung gegenüber den jungen Menschen, sondern ist auch ein Gebot der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Vernunft.

Die Arbeitnehmer werden ihre Interessen in einer solchen Zeit der weltweiten Strukturveränderungen nur dann aussichtereich wahrnehmen können, wenn sie ihre Kraft darauf konzentrieren, in Staat und Wirtschaft mitzubestimmen. Der 1. Mai 1977 ist in diesem Sinne ein Tag, an dem die Arbeitnehmer ihren Willen zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Selbstbehauptung bekunden. "Gemeinsam erreichen wir mehr", dieser Aufruf des DGB ist Ausdruck der Solidarität, in deren Namen und mit deren Hilfe die Arbeitnehmer über Jahrzehnte gekämpft und die Veränderung der Verhältnisse durchgesetzt haben.

(-/29.4.1977/vo-he/ja)

+ + +

Helmut Kohl schweigt in der Energiepolitik

Der CDU-Vorsitzende hat jegliche Durchsetzungskraft verloren

Von Dr. Volker Hauff MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister für Forschung und Technologie

Am vergangenen Mittwoch hat die niedersächsische Landesregierung entschieden, eine auch nur vorübergehende Lagerung abgebrannter Brennelemente in Niedersachsen zu verbieten. Damit ist der Höhepunkt der Unglaubwürdigkeit der Kernenergiepolitik der CDU erreicht. Wessen Wort gilt nun eigentlich: Das von Herrn Kohl oder das von Herrn Albrecht?

War es bei der Entscheidung von Herrn Albrecht für Gorleben als vorläufigem Standort für die geplante Wiederaufarbeitungsanlage unmittelbar an der Grenze zur DDR noch ein vager Verdacht, so ist es jetzt offenkundig, daß Herr Albrecht nur an einem interessiert ist: Probleme zu vertagen, statt sie zu lösen, um sein Kabinett bis zur nächsten Wahl über die Runden zu retten.

Die Verwirrung über die Haltung der CDU/CSU in der Energie-debatte hat damit ein unerträgliches Maß erreicht. Helmut Kohl hat offensichtlich jede Durchsetzungskraft in seiner eigenen Partei verloren. Er hat nicht den Mut, das, was er für notwendig und richtig hält, auch zu verwirklichen. Stattdessen schweigt er und schiebt Probleme vor sich her.

(-/29.4.1977/va-he/10)

+ + +

Bevölkerungswachstum - ein sozioökonomisches Problem

Geburtenregelung genügt nicht zur Eindämmung der Bevölkerungsexplosion

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Weltbankpräsident Robert S. McNamara hat bekräftigt, daß mit Pille und Pessar keine Bevölkerungspolitik zu machen ist. Direkte Maßnahmen zur Geburtenregelung wie Beratungsstellen und Forschung im Bereich der Empfängnisverhütung sind nur Teil einer umfassenden Politik, die ihr Hauptaugenmerk auf die kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Ursachen der Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt richten muß.

Zwar wird schon jetzt eine sinkende Tendenz bei der Geburtenrate in der Dritten Welt erkennbar, aber dennoch werden am Anfang des zweiten Jahrtausends acht bis elf Milliarden Menschen auf der Welt leben - zwei bis dreimal soviel wie heute. Es besteht international Einigkeit darüber, daß zwischen dem Entwicklungsstand und dem Lebensstandard der Bevölkerung einerseits und ihrer Vermehrung andererseits ein enger Zusammenhang besteht. Deshalb ist in Debatten über das Weltbevölkerungsproblem auch weniger über Familienplanung die Rede als von Dingen, die auch in der entwicklungspolitischen Konzeption der Bundesregierung ganz oben stehen:

- Auf- und Ausbau der agrarischen Infrastruktur in den Entwicklungsländern;
- Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung;
- Bildung und Ausbildung für alle Schichten der Bevölkerung.

Ein sehr wichtiger Aspekt, der bislang kaum angemessene Würdigung gefunden hat, ist die Lösung frauenspezifischer Probleme in der Dritten Welt. Wir werden uns mehr Gedanken als bisher darüber machen müssen, wie die Frauen in vielen Entwicklungsländern aus ihrer traditionellen Rolle herausgeführt werden können, die ihnen allzu oft den Zugang zu Bildung und Ausbildung und zu qualifizierter Arbeit verwehrt. McNamara hat auch hier einen wichtigen Denkanstoß gegeben, der in unserer Arbeit weiter verfolgt werden muß.

(-/29.4.1977/va-he/10)

+ + +

Das Bewußtsein der Bürger schärfen

Kölner Energie-Fachtagung eine Chance für die SPD

Wer erwartet hatte, daß die Kölner Energiekonferenz binnen zweier Tage Probleme lösen würde, deren Bewältigung vermutlich der Kraft einer ganzen Generation bedürfen, der hatte die Fragestellung nicht begriffen. Es ging und geht um nichts weniger als um den Wert unserer Gesellschaftsordnung und um ihre Fähigkeit, den aufgestauten Mut von unlösbar scheinenden Schwierigkeiten zum Wohl künftiger Generationen so aus dem Weg zu räumen, daß weder Plutonium-Halden noch ein Meer von Arbeitslosen zum Stolperstein werden.

So war es verständlich und wohl auch notwendig, daß die Frage "Kernenergie oder nicht" gleichsam nur den Aufhänger für eine Debatte lieferte, bei der es um Quantität und Qualität des Wirtschaftswachstums, um Wert oder Unwert unseres Lebensstandards, um die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen und letztlich um die Qualität unseres Lebens ging. Fragen, deren philosophische Natur kaum vereinbar scheint mit den Machtinstrumenten von Politikern eines demokratischen Staates, die demokratische Strukturen erhalten und weiter ausbauen wollen.

Die großenteils auf hohem Niveau stehenden Diskussionen förderten jedoch nicht nur Einsichten, sondern auch realpolitische Erkenntnis, die konsensfähig erscheinen. Wachstums skeptiker und Wachstumsbefürworter sind sich grundsätzlich darüber einig, daß die Wiedererlangung und Erhaltung der Vollbeschäftigung erste Priorität sein muß. Eine Mehrheit scheint sich ferner dafür zu finden, daß Kernenergie wegen der ihr innewohnenden Risiken nur so sparsam wie möglich verwendet werden sollte. Damit einhergehen soll eine Art qualitativen Wachstums, dessen Definition freilich noch etwas schwammig blieb. Einig ist man sich auch, daß künftig die deutschen Kohlereserven eine größere Rolle im Energiehaushalt spielen sollen und daß die Energieversorgung in der Bundesrepublik möglichst dezentralisiert werden sollte.

Die Kölner Konferenz war der lautstarke Beginn einer Diskussion, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten nicht abreißen wird, deren Verlauf sich aber desto einfacher gestalten wird, je besser es gelingt, das Bewußtsein der Bürger für diese Probleme zu schärfen. Daß Sozialdemokraten dies als erste Partei in der Bundesrepublik erkannt haben, ist eine gewaltige Aufgabe, aber auch eine bedeutende Chance für die SPD, Zeichen zu setzen und Vertrauen zurückzugewinnen.

Anselm Bengeser
(-/29.4.1977/va-he/10)